

Antrag

des Abg. Jonas Hoffmann u. a. SPD

Den Hamburg-Standard für Baden-Württemberg implementieren

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. ob ihr der sogenannte „Hamburg-Standard“ als Konzept zur Reduzierung der Gestehungskosten für Wohnraum bekannt ist;
2. welches aus Sicht der Landesregierung die Kernpunkte des „Hamburg-Standards“ sind und welche Folgen sie insbesondere im Rahmen künftiger Gesetzesvorhaben in der noch laufenden Legislaturperiode zur Regulierung des Bauens in Baden-Württemberg daraus ableitet;
3. ob die Landesregierung sich im Rahmen der Bauministerkonferenz oder im bilateralen Austausch mit der Hansestadt Hamburg zum „Hamburg-Standard“ ausgetauscht hat;
4. inwieweit die Landesregierung eine Vergleichbarkeit des Strategiedialogs Bezahlbares Wohnen und Innovatives Bauen BW mit der Initiative kostenreduziertes Bauen sieht, welches den Hamburg-Standard etablierte (bitte möglichst unter Nennung konkreter Gemeinsamkeiten und Unterschiede insbesondere hinsichtlich thematischer Ausrichtung und Organisation antworten);
5. wie die Landesregierung mit Blick auf die hohe Ergebnisorientierung und Geschwindigkeit der Hamburger Initiative die Arbeitsweise des Strategiedialogs Bauen BW hinsichtlich Effektivität und Effizienz unter Berücksichtigung des Ziels „Bezahlbares Bauen“ bewertet und ob sie plant, die Arbeitsweise oder die thematischen Schwerpunkte des Strategiedialogs in dieser Hinsicht noch einmal zu überarbeiten;
6. wie die Landesregierung Kommunen dabei unterstützt, die Empfehlungen des Normenkontrollrats Baden-Württemberg (NKR BW) aus dem seit Oktober 2022 vorliegenden Empfehlungspapier „Ein Schlüssel zu schnellen Genehmigungen. Projektorientierte Verfahrenssteuerung“ umzusetzen und welche Kommunen nach Kenntnis der Landesregierung ihre Genehmigungsverfahren bereits dahingehend optimiert haben;
7. welche Schritte die Landesregierung plant, das Bauen in Baden-Württemberg analog zum „Hamburg-Standard“ zu beschleunigen;
8. ob geplant ist, im Rahmen eines kommunalen Regelabweichungsverfahrens noch in dieser Legislaturperiode ein erstes Pilotprojekt zur Adaption eines Prozesses analog des „Hamburg-Standards“ für eine Kommune in Baden-Württemberg aufzulegen;
9. welches aus Sicht der Landesregierung die rechtlichen und politischen Hindernisse sind, die dazu geführt haben, dass der „Hamburg-Standard“ noch nicht für Baden-Württemberg eingeführt wurde und wie sie plant, diese Hindernisse zu beseitigen.

9.4.2025

Hoffmann, Ranger, Born, Dr. Weirauch, Wahl, Fulst-Blei SPD

Begründung

Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit und genießt insbesondere in Städten und Ballungsräumen eine hohe Relevanz. Baden-Württemberg und seine Städte belegen dabei regelmäßig in den Hitlisten der teuersten Wohngebiete zuverlässig vordere Plätze. Zugleich bemängeln alle vom Thema Wohnungsbau berührten Stellen die langwierigen und komplexen Genehmigungsverfahren. Zugleich weisen sie auf eine ganze Reihe hoher Baustandards hin, die die Kosten zusätzlich treiben. Viele dieser Standards jedoch haben eher den Charakter von Komfortstandards. Während in Baden-Württemberg der Strategiedialog Bezahlbares Bauen meist unter dem Radar der Öffentlichkeit arbeitet und die kürzlich verabschiedete kleine LBO-Novelle der Landesregierung weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, ging Hamburg mutig und schnell voran. Dort wurde im Rahmen eines umfangreichen Austauschformats mit Vertreterinnen/Vertretern aller betroffenen Parteien im Bereich Wohnungsbau der „Hamburg-Standard“ für bezahlbares Bauen verabschiedet, der durch Abbau von Standards, von technischen und baulichen Elementen und eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren durch entschlossene Prozessoptimierung neue Maßstäbe zu setzen verspricht. Der Antrag begehrt Aufklärung darüber, weshalb Baden-Württemberg keine vergleichbaren ambitionierten Schritte vergleichbar Hamburg unternommen hat, inwiefern der Strategiedialog Bezahlbares Wohnen und Innovatives Bauen Baden-Württemberg ein geeignetes Format ist, ähnliche Fortschritte zu erzielen wie in Hamburg und auch, welche Schritte die Landesregierung plant, nicht nur bei den Wohnungspreisen, sondern auch bei der Innovativität der eigenen Regulierung von Bauen endlich die hinteren Plätze im Bundesvergleich zu verlassen.